



EXTRABLATT

Informationen für Erwerbslose
und Menschen mit geringen Einkommen

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.
Geht wählen!!!

Zum **Leben** zu wenig.
Existenz sichern.
Regelsätze rauf!

Erwerbslose 

Am 24. September 2017 ist Bundestagswahl.

Es ist höchste Zeit für Soziale Gerechtigkeit und Umverteilung des Reichtums.

Die Erwerbslosen in ver.di erwarten deshalb von der Politik,

- eine deutliche Anhebung der Regelsätze,
- sinnvolle Fördermaßnahmen für Erwerbslose,
- dass Armut und Ausgrenzung wirksam bekämpft wird, statt Druck, Zwang und Sanktionen.

ERWERBSLOSE IN VER.DI - STARK UND VIELFÄLTIG

GRUNDSICHERUNGSBEZIEHER*INNEN WERDEN ABGESTRAFT

Die Zahl der Grundsicherungsbezieher*innen wächst. 2016 gab Berlin für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 475 Millionen Euro aus. Bundesweit gab es eine Steigerung bei den Sozialhilfeleistungen um 4,5%, bei der «Grusi» um 2,4%. Es gibt Alg II-Bezieher*innen, die dem Regime des Jobcenters entkommen wollen und sich ein ruhigeres Leben in der Rente erhoffen. Sie stellen freiwillig Rentenanträge. Da aber meistens die Erwerbsminderungsrente so niedrig ist, dass sie zusätzlich Grundsicherung beziehen müssen, entflieht man nicht wirklich dem staatlichen Regime, das die Armutsbevölkerung oft schikanös behandelt. Da die Sachbearbeiter*innen im Sozialamt seltener wechseln, ist man der Willkür des jeweiligen Sachbearbeiters ausgesetzt. Es handelt sich um eine existenzielle Abhängigkeit und Diskriminierung sowie Sanktionierung sind in den Sozialämtern je nach Person sehr verschieden. Die Gesetze werden unterschiedlich ausgelegt.

Endstation: Verfestigte Armut

Mit der Grundsicherung in der Erwerbsminderung und im Alter wird die Armut bis zum Lebensende verfestigt, wenn man keine Unterstützung durch Angehörige und Freunde hat. Durch Erwerbsarbeit mit legalen Mitteln seine Einkommenssituation zu verbessern, wird verunmöglicht. Der Freibetrag von 100 Euro Einkommen wurde 2012/13 gestrichen.

Der Freibetrag, den man jetzt behalten kann, beträgt 30% des Bruttoeinkommens, höchstens jedoch 50% des Regelsatzes oder zur Zeit 204,5 Euro. Die Höchstgrenze wurde Ende 2006 von der rot-schwarzen Bundesregierung eingeführt, um den «Missbrauch der leistungsgeminderten Erwerbsunfähigen» zu begrenzen. «Erwerbsgeminderte, die heute trotz gesundheitlicher Einschränkungen noch Leistung erbringen, werden von der 'Leistungsgesellschaft' abgestraft»¹. Es gibt also auf legalen Wege kein Entrinnen aus der Armut. Seit dem 1.1.2017 beträgt der Regelsatz für einen Alleinstehenden 409 Euro. Von dem Geld muss Mobilität, Telefon, Strom bezahlt werden, und vor allem soll man noch ansparen, falls etwas kaputt geht – das Fahrrad, der Computer, die Waschmaschine, der Kühlschrank etc. Daraus erwachsen natürlich existenzielle Ängste. Die größten Ängste allerdings bereitet in Zeiten der Gentrifizierung die Wohnung. Wird es für die Miete noch reichen?

1. Frank Jäger, Harald Thomé, Leitfaden ALG II/ Sozialhilfe von A-Z, Frankfurt 29. Auflage 2016/2017

Sozialhilfe de luxe ? Keine Rücksicht bei Alter und Krankheit

Es ist auch unfassbar, dass es für Alte und Kranke keinen Mehrbedarf gibt, außer für Gehbehinderte, oder eine medizinisch notwendige kostenaufwendige Ernährung. Schaut man in die Geschichte, so wurde ab 1924 Klein- und Sozialrentnern sowie Erwerbsunfähigen ein Mehrbedarf von 25% zugestanden, nach dem Krieg waren es 30%. Seit dem 1.7.1996 wurde er faktisch gestrichen, 2003 mit der Einführung der Grundsicherung betrug der Zuschlag 15%. Mit der Hartz IV-Reform 2005 und der Eingliederung der Grundsicherung in die Sozialhilfe (SGB XII) wurde er wieder kassiert. «Die große Koalition der Kürzer dreht damit für diesen Personenkreis die Geschichte bis zu der Zeit vor 1924 zurück»¹. Vor 2005 konnte man auch einmalige Beihilfen beantragen. «Der Regelsatz ist unter Berücksichtigung der Preissteigerung heute noch immer geringer als das frühere Leistungsniveau vor 2005.» Die Arbeitgeberverbände (BDA) bezeichnen die Grundsicherung trotzdem als «Sozialhilfe de luxe», denn ein Vorteil der «Grusi» gegenüber der Sozialhilfe ist die geringere Unterhaltspflicht. Unterhaltspflichtige Personen werden lediglich zum Unterhalt herangezogen, wenn ihr Jahreseinkommen mindestens 100.000 Euro vor Steuern beträgt. Seit dem 1.4.2017 darf man 5.000 Euro auf dem Konto haben. Das Geld geht natürlich mit der Zeit weg – durch dringende Anliegen.

Vor allem darf dauerhaft kein Geld hinzukommen : Dafür sorgt der 70-prozentige Abzug von Einkommen bei gestrichenem Freibetrag. Und es gab auch Verschärfungen bei der Grundsicherung. Bisher konnten sich Grundsicherungsbezieherinnen längere Zeit im Ausland aufhalten, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt am Sitz des Grundsicherungsträgers hatten. Seit dem 1.7.2017 verlieren sie ihren Anspruch auf Grundsicherung, wenn sie länger als vier Wochen im Ausland sind. Bis zur nachgewiesenen Rückkehr besteht dann kein Anspruch auf Grundsicherung. Das betrifft vor allem Personen, die im Ausland Angehörige und Freunde haben. Denn normalerweise ist es mit dem wenigen Geld kaum möglich, sich einen (längeren) Auslandsaufenthalt zu leisten. Wer keine andere Unterstützung hat, sollte es sich gut überlegen, ob er/sie einen Antrag auf eine kleine Frührente stellt.

Aber man sollte sich nicht davor scheuen, Grundsicherung im Alter zu beantragen, statt Flaschen zu sammeln.

DIE RENTENDEMONTAGE IN DEUTSCHLAND AB 1989 UND WARUM MAN IN ÖSTERREICH IMMER NOCH RENTEN BEKOMMT VON DENEN MAN LEBEN KANN.

RENTE RAUF!
SAG'S DENEN!
Bundestagswahl 2017

ver di

Die gesetzliche Rente ist für die große Mehrheit der abhängig Beschäftigten die einzige Absicherung im Alter. Vor der Bundestagswahl und auch danach wollen viele Abgeordnete wieder gewählt werden. Wir fordern die Abgeordneten auf, den größten Teil der Verschlechterungen der sogenannten Renten-Reformen rückgängig zu machen.

Die Politiker*innen haben sich eine generöse Altersversorgung gesichert und verweigern Millionen von Beschäftigten und Erwerbslosen eine auskömmliche Rente im Alter.

Die Hans-Böckler-Stiftung hat in einer Studie für das Jahr 2013 folgende Zahlen veröffentlicht: Ein langjährig Vollzeit beschäftigter Mann mit mindestens 35 Jahren bzw. besonders langjährig mit mindestens 45 Jahre hat in Deutschland eine monatliche Durchschnittsrente von 1050 € X 12, das ist eine Jahresrente von 12 600€. In Österreich bekommen vergleichbare Neurentner*innen 1560 € X 14, es werden in Österreich 14 mal Renten im Jahr gezahlt, das ergibt in der Summe 21 840 € im Jahr. Der Vergleich mit dem Nachbarland Österreich ist bei den vielen Gemeinsamkeiten - gesellschaftlich, geschichtlich, wirtschaftlich und beide sind EU-Mitglied - so interessant. Österreich hat das gerechtere Umlageverfahren, wo auch Staatsangestellte aller Institutionen auch die Anspruchsberechtigten für Pensionen und Selbstständige in das Rentensystem mit einbezogen sind. Sie müssen alle regelmäßig ihre angemessenen Beiträge für die Altersversorgung leisten, um eine auskömmliche Altersrente zu erhalten.

Link zum WSI-Report Nr. 27, 1/2016: http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_27_2016.pdf

Vor einiger Zeit reiste eine Parlamentarier-Delegation des Deutschen Bundestages nach Österreich, um sich das dortige Rentensystem vor Ort erklären zu lassen – ein deutsches Nachrichtenmagazin berichtete darüber.

Es wird allerhöchste Zeit in unserem Land wieder eine angemessene Rente für ein weiter anwachsendes Millionen-Heer von Armuts-Rentner*innen durch die Rücknahme der ungerechten Rentenkürzungen seit 1990, die Einbeziehung von Selbstständigen und auch der Beamten, die heute noch eine Pension von ca 70% ihres Nettogehaltes bekommen. Vor 1990 galt das auch noch für Arbeiter und Angestellte in der Deutschen Rentenversicherung. Wir fordern mehr Gerechtigkeit und Transparenz und keine weiteren Absenkungen, sondern eine Erhöhung der Renten! Eine Auflistung mit den genauen Daten und den damit einhergehenden Verschlechterungen und Ausblutungen der gesetzlichen Rentenversicherungen durch versicherungsfremde Leistungen seit 1989 findet man in nachfolgendem Link: <http://www.rentenreform-alternative.de/rentendemontage.htm>

FRANKREICH UNTER DER MACRONREGIERUNG: MARSCHIEREN, ABER WOHIN?



Macron überall in Paris. Foto: Juni 2017, I.B.

Hollandes Regierung hat schon im Jahr 2016 eine Reform des Arbeitsgesetzes durchgesetzt, die auf einen ungeheuren Widerstand getroffen ist. Diese Reform hat die sozialistische Partei gespalten und ihr das Vertrauen der Wähler gekostet. Die meist verbreitete Interpretation des Wahlergebnisses in Frankreich auf der Seite der deutschen Kommentatoren ist: Macron hätte ein solides «demokratisches» Mandat für seine kommenden Reformen. Gemessen an den abgegebenen Wählerstimmen im ersten Wahlgang wurde er nur von 13,4% der Wahlberechtigten gewählt. Im zweiten Wahlgang hat man sich nicht FÜR die Reformen entschieden, sondern GEGEN die Gefahr von Marine Le Pen (Front National).

Die deutsche Presse und etliche Politiker begrüßen die kommenden Reformen in Frankreich. Laut einer Augustumfrage sind 52% der Franzosen gegen eine Reform des Arbeitsgesetzes und 63% gegen ihre Durchführung durch Verordnungen (ohne Debatte im Parlament). Die Reformen betreffen nicht eine wirkliche Verbesserung der sozialen Verhältnisse in Frankreich, sondern die Unterordnung gegenüber den Anordnungen der europäischen Kommission und den Interessen der Investoren und der transnationalen Firmen. Das Programm des Präsidenten erfreut vor allem sie: Drastische Sparmassnahmen im

öffentlichen Dienst verordnen und seine weitere Privatisierung vorbereiten. Unternehmens- und Vermögenssteuern senken und die Arbeitsmärkte «flexibler» gestalten. Macron plant einen kompletten Umbau der Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern sowie der Mitbestimmung in den Betrieben. Regelungen zur Arbeitszeit, Überstunden, Sicherheitsbestimmungen und sogar zu Löhnen sollen bevorzugt in den einzelnen Unternehmen verhandelt werden und auch nur dort gelten. Selbst in Deutschland hätten solche «Reformen» die Gewerkschaften auf die Barrikaden getrieben.

Nach Ulrike Herrmann, Wirtschaftsjournalistin für die Taz, ist es «in Deutschland beliebt zu glauben, dass Frankreich ein sklerotisches Land sei, in dem «verbeamtete Sesselfurzer» ein «bürokratisches Monster» aufblähen würden. Dies ist erstens ein Zerrbild, das zweitens nichts erklärt: Die Franzosen hatten schon immer eine hohe Staatsquote, waren aber trotzdem ein extrem erfolgreiches Industrieland. Erst neuerdings fahren die Franzosen Außenhandelsdefizite ein, während die deutschen Exportüberschüsse explodieren. Nicht die Franzosen sind das Problem – sondern die Deutschen, die Lohndumping betreiben.»

In Deutschland ist vieles in Flächentarifverträgen für ganze Branchen geregelt. Aber häufig können Betriebsräte und Management flexible Regelungen für ein Unternehmen vereinbaren. Die Kehrseite dieser Flexibilität ist folgendes: sinkende Real-löhne, Ungleichheit bei den Einkommen, grösserer Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung. Die Hartz IV Gesetze haben geholfen, die Lohnabhängigen zu disziplinieren und durch Sanktionen einzuschüchtern.

Die Prekärisierung der Arbeitsverhältnisse und die soziale Unsicherheit muss gestoppt werden zugunsten einer echten Umverteilungspolitik und einer europäischen Binnenmarktpolitik statt Freihandelsabkommen. Es ist höchste Zeit für soziale Verbesserung und höhere Löhne in Deutschland, von denen ganz Europa profitieren würde!

TIPPS

Lobbykritische Stadtführungen durch Berlin:

Rund um den Reichstag haben sich viele Unternehmensrepräsentanten, Verbandsbüros, PR-Agenturen und andere Lobbyisten angesiedelt. Die Stadtführung vermittelt einen Eindruck davon, was sich hinter den Fassaden der alten und neuen Prachtbauten im Regierungsviertel tut.

Die nächsten offenen Stadtführungen in Berlin finden Samstags um 14 Uhr an folgenden Tagen statt:
9. September, 23. September,
7. Oktober, 21. Oktober,
4. November, 18. November.

<https://www.lobbycontrol.de/schwerpunkt/lobbyplanet-berlin/>

Die offenen Treffen der Erwerbslosen in ver.di finden regelmäßig im Monat jeden 4. Donnerstag in der Köpenicker Straße statt.

Weitere Infos unter:

<http://erwerbslose-berlin.verdi.de>. Hinweise zu den Beratungsterminen sind dort auch zu finden und Information über weitere Arbeitsgruppen. Ferner möchten wir auf zwei Arbeitskreise hinweisen: die AG AufRecht bestehen! und die AG Beistand. Infos und Termine auf genannter Internetseite.

Wer bei uns im Extrablatt mitarbeiten möchte, bitte, melden:
ulla.pingel@gmx.de

ZUM LESEN

Wir möchten noch auf ein Buch hinweisen, das Stellung bezieht zum künstlich aufgebauchten Demoskopie-Märchen und argumentativ den fortlaufenden, diskriminierenden Äußerungen und Publikationen von verschiedenen Politikern, einigen Wirtschaftsweisen, diversen Alpha-Journalisten konservativer Presseorgane und Anderen in Bezug auf kinderlose Erwachsene entgegentritt: **Kerstin Herrnkind: Vögeln fürs Vaterland? Nein danke! Bekenntnisse einer Kinderlosen**

Aus der Webseite der Autorin :

Vögeln für den Kaiser, für den Führer, gegen den Kommunismus, für die Rentenkasse – Kinder zu gebären fürs Vaterland hat in Deutschland eine lange Tradition. Doch es ist eine kurzsichtige, dumme Politik. Man rechnet mit Kindern, die nicht geboren sind. Mit Geld, das noch nicht erwirtschaftet ist. Und wundert sich, wenn dem System der Zusammenbruch droht. Doch es sind nicht die Kinderlosen, die das Rentensystem zerstören. Das System zerstört sich selbst, weil die deutsche Rentenversicherung einem Schneeballsystem gleicht. Und Politiker die Rentenkasse plündern. Um diese Fehler zu vertuschen, machen Politiker Kinderlose zu Sündenböcken. Der demografische Wandel ist eine Lüge, mit der Politik gemacht wird. Was außerdem geschickt unter den Tisch gekehrt wird: Die Kritik an Kinderlosen ist eine zutiefst frauenfeindliche Debatte. Es sind nun mal die Frauen, die Kinder gebären. Und sie bezahlen in diesem Land nicht selten mit ihrer beruflichen Existenz dafür. Politiker in diesem Land wollen, dass Frauen mehr Kinder kriegen. Doch wehe, Frauen lassen sich darauf ein. Überall stehen Fallen, in die sie tappen können: Elternzeitfalle, Teilzeitfalle, Armutsfalle, wenn sie ihre Kinder alleine erziehen müssen. Alle werden zur Rentenfalle. Wenn sie erstmal Kinder haben, lässt die Politik Frauen im Stich. Vater Staat verrät seine Töchter.

ERWERBSLOSENBERATUNG IM INTERNET FÜR VER.DI MITGLIEDER FÜR ARBEITSLOSENGELD UND ARBEITSLOSENGELD II

Hier werden deine Fragen beantwortet: Was ist bei einer Kündigung zu beachten? Soll ein Aufhebungsvertrag unterschrieben werden? Ist das Arbeitslosengeld richtig berechnet? Welche neue Arbeitsstelle muss man annehmen? Ferner: Die Beratung und die Eingliederungsvereinbarung, Sanktionen und Sperrzeiten, Schutz persönlicher Daten, Anrechnung von Einkommen und Vermögen im Arbeitslosengeld II, („Hartz IV“) u.v.m.

Was ist „Freiwillige“ Arbeit? Sozialleistungen werden immer weniger. Die Bürger*innen sollen freiwillig und umsonst arbeiten oder höchstens für ein Taschengeld. Wir beraten u.a. über Praktika oder Probearbeiten, Ein-Euro-Jobs, Ehrenamt mit pauschaler Aufwandsentschädigung, Bundesfreiwilligendienst und freiwilliges soziales/ökologisches Jahr.

Beratung für «Aufstocker*innen»

Das Einkommen reicht nicht zum Leben und deshalb muss ergänzend Arbeitslosengeld II beantragt werden, damit die gesamte Familie (Partner*in oder Kinder) „über die Runden kommt“. Ob Mini-Job, Leiharbeit, Werkverträge oder als Soloselbständige: viele Beschäftigte müssen ihr Einkommen mit Hartz IV (Alg II) ergänzen. Bei Problemen mit der Einkommensanrechnung mit dem JobCenter bieten wir Rat und Hilfe. Die Internetberatung: www.verdi-erwerbslosenberatung.de und www.verdi-aufstockerberatung.de

V.i.S.d.P: Claus Lock, ver.di Berlin
Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin